



Presseerklärung

Nummer 108 vom 13. September 2016
Seite 1 von 2

Hausanschrift
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 – 3170
FAX +49 (0)30 18 529 – 3179

pressestelle@bmel.bund.de
www.bmel.de

Schmidt: Landwirte dürfen nicht alleine die Marktrisiken tragen **Informelles Treffen der EU-Agrarminister in Bratislava**

Die slowakische Ratspräsidentschaft hat die EU-Agrarministerinnen und -minister zum Informellen Treffen nach Bratislava eingeladen, um mit ihnen über das Thema „Stärkung der Stellung der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette“ zu diskutieren. Dazu erklärt **Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt**:

„Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Position der Erzeuger in der Wertschöpfungskette weiter zu stärken, um künftig zu vermeiden, dass die Landwirte alleine die Marktrisiken schultern müssen. Eine faire Verteilung der Lasten auf alle Beteiligten der Lebensmittelversorgungskette ist für mich von essentieller Bedeutung.“

Die Gemeinsame Marktordnung eröffnet den Wirtschaftsbeteiligten eine Reihe von marktwirtschaftlichen Instrumenten zur vertikalen und horizontalen Zusammenarbeit im Rahmen von Erzeugerorganisationen und Branchenverbänden. Die Wirtschaftsbeteiligten sind vorrangig gefordert, von diesen freiwilligen Angeboten möglichst intensiv Gebrauch zu machen, um die Erzeugung zum Wohle der landwirtschaftlichen Produzenten an die jeweiligen Gegebenheiten des Marktes anzupassen.

Wir sind uns einig, dass die Verbesserung der Stellung der Landwirte unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung der für die ländlichen Regionen lebenswichtigen 47 Mio. Arbeitsplätze in der europäischen Lebensmittelkette ist. Hier besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf.“



Hintergrund:

Konkrete Empfehlungen, mit welchen Maßnahmen im europäischen Binnenmarkt ein fairer Wettbewerb sowie eine Stärkung der Position der landwirtschaftlichen Erzeuger in der Wertschöpfungskette am besten erfolgen kann, werden von dem Bericht der "Task Force Landwirtschaftliche Märkte" noch in der zweiten Jahreshälfte erwartet. Die slowakische Ratsvorsitzende beabsichtigt, hierzu bis Jahresende eine Position des Rates herbeizuführen.